

Investitionsfonds | 25.11.2019 | Lesezeit 2 Min.

Die Infrastruktur braucht mehr Investitionen

Würde der deutsche Staat in den kommenden zehn Jahren 450 Milliarden Euro zusätzlich in die Infrastruktur und das Bildungssystem stecken, hätte das massive Auswirkungen auf die Wirtschaft. Das zeigen IW-Berechnungen mithilfe des Oxford-Modells. Die Ergebnisse dürften zudem die Kritiker der Neuverschuldung beruhigen.

Öffentliche Investitionen haben einen positiven gesamtwirtschaftlichen Effekt – das haben Studien vielfach belegt. Aber gilt das auch, wenn diese Investitionen auf Pump getätigt werden? Um diese Frage zu beantworten, hat das Institut der deutschen Wirtschaft mithilfe des Weltwirtschaftsmodells von Oxford Economics die Vor- und Nachteile eines schuldenfinanzierten Investitionsprogramms durchgerechnet. Ausgangspunkt der Analyse ist ein ernüchternder Status quo:

Deutschland befand sich bei den öffentlichen Investitionen im Jahr 2018 mit 2,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im OECD-Vergleich auf dem sechstletzten Platz von 30 untersuchten Staaten.

Zugleich hat sich die Nutzungsintensität des Kapitalstocks – dahinter verbirgt sich das preisbereinigte Bruttoanlagevermögen je Einwohner – erhöht. Noch deutlicher wird der Befund, wenn man auf die Kapitalintensität je Erwerbstätigen blickt, da die Zahl der Arbeitnehmer in den vergangenen Jahren massiv zugelegt hat. Fazit: Der Staat investiert nicht genug, um die Versorgung mit moderner Infrastruktur langfristig sicherzustellen – Deutschland lebt von der Substanz.

Würden über die nächsten zehn Jahre nun aber gleichmäßig 450 Milliarden Euro zusätzlich investiert, käme das einer Niveauverschiebung der staatlichen Investitionen um 1,3 Prozent des BIP gleich – also einem Plus von mehr als 50 Prozent gegenüber der aktuellen Investitionstätigkeit.

In zehn Jahren, so die IW-Berechnungen, zeigen sich klar positive Effekte (Grafik):

Dank des Investitionsfonds würde das deutsche Bruttoinlandsprodukt in zehn Jahren um 1 Prozent höher ausfallen. Gleiches gilt für private Investitionen, die durch staatliche stimuliert würden.

Investitionsprogramm: Was es bewirken würde

Wenn Deutschland in den kommenden zehn Jahren zusätzlich 450 Milliarden Euro an öffentlichen Investitionen bereitstellt, würden diese wirtschaftlichen Kennzahlen danach um so viel Prozent bzw. Prozentpunkte höher oder niedriger liegen

■ Prozent

■ Prozentpunkte des BIP

Reales Bruttoinlandsprodukt	1,0
Reale private Investitionen	1,0
Realer privater Verbrauch	1,2
Verbraucherpreise	0,4
Reales Produktionspotenzial	1,4
Öffentlicher Schuldenstand	5,1
Budgetdefizit	0,6
Leistungsbilanzsaldo	-1,0

Produktionspotenzial: Maximal möglicher Output bei vollständiger Nutzung des Kapitalstocks

Quellen: Oxford Economics, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2019 IW Medien / iwd

iwd

Der private Verbrauch würde mit einem Plus von 1,2 Prozent noch etwas stärker angekurbelt und das Produktionspotenzial – der maximal mögliche Output bei Nutzung des gesamten Kapitalstocks – wäre sogar 1,4 Prozent größer als ohne Investitionsoffensive.

Mit zusätzlichen Investitionen in die Infrastruktur in Höhe von 450 Milliarden Euro in den nächsten zehn Jahren könnte sich das reale Bruttoinlandsprodukt um 1 Prozent erhöhen.

Die IW-Simulation dürfte auch die Kritiker des Investierens auf Pump milde stimmen:

Die Schuldenstandsquote würde sich bis 2030 um lediglich 5,1 Prozentpunkte des BIP gegenüber einem Szenario ohne kreditfinanzierte Investitionen erhöhen. Und sie läge noch immer 12 Prozentpunkte unter der Maastricht-Grenze von 60 Prozent des BIP.

Die Neuverschuldung – aktuell verteidigt Finanzminister Olaf Scholz ja noch die „schwarze Null“ – würde in den kommenden Jahren ebenfalls nie höher sein als 1 Prozent der Wirtschaftsleistung, wäre also weit entfernt von der EU-Neuverschuldungsgrenze, die bei 3 Prozent des BIP liegt.

Kernaussagen in Kürze:

- Deutschland investiert deutlich weniger in eine moderne Infrastruktur als die meisten anderen Industriestaaten.
- Mit zusätzlichen 450 Milliarden Euro in den nächsten zehn Jahren könnte sich das reale Bruttoinlandsprodukt um 1 Prozent erhöhen.
- Bis 2030 würde die Schuldenstandsquote dabei um lediglich 5,1 Prozentpunkte steigen und läge immer noch unter der Maastricht-Grenze von 60 Prozent des BIP.